

Was ist Dummheit? Ihr allgemeinstes Merkmal ist, dass sie sich verbirgt, hinter Gewohnheiten, hinter Regeln, in Gesetzen, und ihre beste Tarnung ist ihr Auftritt als Intelligenz. Dummheit tritt selten direkt und unverblümt hervor, sie muss entdeckt werden. An ihren Folgen kann man sie erkennen.

Wann ist eine Gesellschaft eine Informationsgesellschaft? Die OECD versuchte das 1978 festzustellen. Die Zahl der Leute wurde gezählt, die etwas mit der Herstellung und Verbreitung von Information zu tun gehabt haben, vom Wissenschaftler bis zum Postboten. Vier der neun Mitgliedsländer bekamen 1980 den Ehrentitel Informationsgesellschaft: die USA, Japan, Großbritannien und die Bundesrepublik Deutschland. Im Jahre 1982 untersuchte die deutsche Metallindustrie die Ausbreitung der elektronischen Arbeitsplätze in den Betrieben. 34 Prozent der Mitarbeiter waren an Arbeitsplätzen tätig, die durch Elektronik definiert waren. Zu dieser Zeit sagte der damalige Vorstandsvorsitzende von Siemens, Kaske, die deutsche Industrie habe die Entwicklung der Mikroelektronik zehn Jahre lang verschlafen. Mitte der neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts jedoch waren elektronische Arbeitsplätze universell geworden.

Obwohl jeder die Probleme sieht – Arbeitsplatzverluste und Beschleunigung des Betriebstempos, Änderung der persönlichen Anforderungen und Umbau der Organisation – will niemand zurück zum alten Zustand. Zum weiteren Aus-

bau der Informationsgesellschaft gibt es keine Alternative. Wo steht Deutschland in diesem Feld? Ein guter Index sind die Pro-Kopf-Ausgaben für Informations- und Kommunikations-Technologien. Die Schweiz liegt mit 2359 Euro deutlich vor den USA mit 2023 Euro. Es folgen Schweden, Dänemark, Norwegen, die Niederlande, das Vereinigte Königreich, Finnland, Japan, Frankreich und dann erst Deutschland mit 1265 Euro (Institut der Deutschen Wirtschaft, 2001). Die Befunde sind PISA-ähnlich. Verschläft Deutschland wieder einmal die Modernisierung? Nicht die Elektronik ist schuld an unseren Problemen, sondern ihre zögerliche Anwendung.

Es gibt Fortschrittsgewinne und Fortschrittsverluste. Wegen der unbestreitbaren Gewinne wird sich die Informatik weiter ausbreiten. Getragen vom Enthusiasmus der Entwicklung, wird hauptsächlich von den Gewinnen zu hören sein. Es darf nicht vergessen werden: Alle Technik soll dienen. Angebotene Diener sind aber immer noch zu Herrschern geworden. Neue Technik will zu einseitigen Orientierungen verleiten. Benommen vom Potenzial der Geräte, ist man allzu leichtfertig bereit, alte Kulturbefähigungen zu opfern, die besser behalten werden sollten. Von ihnen und nicht von Geräten und ihren Programmen, die bald veraltet sein werden, hängt die Überlebensfähigkeit einer aufgeklärten und humanen Kultur des Fortschrittes ab.

An drei Beispielen, durch drei Kurzgeschichten, soll gezeigt werden, wie sich

die neue Amnesie, die frohe Vergesslichkeit der Informationsgesellschaft auswirkt.

Die Kanonen von Sadowa

Die Informationsgesellschaft verführt zur Beschäftigung mit der Gegenwart, mit den letzten Meldungen, dem letzten Schick, mit neuen Automodellen, mit Nachrichten über digital geführte Kriege, über neue Gesetze und andere Katastrophen. Vergangenheit kommt dann ins Blickfeld, wenn sie Gelegenheit bietet, über altes Gerät, über Verhaltensweisen von gestern zu lächeln, so verschafft man sich das Selbstgefühl, modern zu sein. Die Vergangenheit ist nichts mehr wert. Die Zukunft wird durch Wissenschaft, Technik und Wirtschaft gestaltet, vielleicht nicht glorios, aber in unerbittlichem Wandel. Die Sprache, die Grammatik, kennt zwar Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Aber die Gegenwart der Nöte und Sorgen, die Qual des Informationsreichtums, die Last, sich angesichts wachsender Ungewissheit entscheiden zu müssen, die Bedienung neuer Geräte nehmen die Kräfte des Bewusstseins über die Maßen in Anspruch.

Die Offenheit der Zukunft verwandelt sich psychisch in ein Gemisch von Angst und Hoffnung. Die Vergangenheit wird winzig. Sie reicht gerade als Projektionsfläche für nostalgische Gefühle, die man in Gegenwart und Zukunft nicht unterbringen kann. Das ist dürftiger Umgang mit der unermesslichen Vergangenheit, der Geschichte, aus der die Gesellschaft hervorgegangen ist. Wenn das Bewusstsein mit dem Stoff einer gebieterischen Gegenwart ausgefüllt wird, wenn in der Selbsterfahrung der Psyche die Erregungen über die letzten Meldungen dominant werden, dann läuft man Gefahr, gegenüber der Wirklichkeit der Geschichte zu erblinden. Historie aber bleibt nicht in der Obhut und im Gewahrsam von Archiven, Büchern und Museen.

Geschichte lebt auch außerhalb aller Urkundlichen in wilder Überlieferung, lauert auf, tritt unerwartet hervor. Vergessene und verdrängte Geschichte kehrt ironisch und rachsüchtig zurück.

Gerhard Schröder und seine Regierungskoalition gewannen wider Erwarten, wenn auch mit knappem Vorsprung von 6000 Stimmen gegenüber CDU/CSU, die Bundestagswahlen 2002. Die Interpreten führten dies auf zwei Gegenwartsereignisse zurück, die Elbeflut und den drohenden Irak-Krieg. In Wirklichkeit wurde die Wahlentscheidung mitgeprägt durch ein Ereignis, das 136 Jahre zurücklag. Zwischen Sadowa und Königgrätz besiegte die preußische Armee nach der Planung des Generalstabschefs von Moltke das österreichische Heer, bevor es überhaupt Preußen betreten konnte, am 3. Juli 1866. Was war geschehen, und was folgte?

Die deutsche Staatenvielfalt tendierte zu drei Gruppierungen. Der Norden mit Preußen als der stärksten Macht, Österreich im Süden und dazwischen das „dritte Deutschland“: Bayern, Württemberg, Baden, Sachsen, Kurhessen, Hessen-Darmstadt, Nassau und einige Dodez-Fürstentümer. Der Konflikt zwischen Österreich und Preußen brach wegen Holstein aus. Nach dem deutsch-dänischen Krieg 1864, der von Preußen und Österreich geführt wurde, schlossen die siegreichen Mächte den Gasteiner Vertrag, in dem geregelt wurde, dass Holstein an Österreich und Schleswig an Preußen fiel. Als der Wiener Hof die Entscheidung über eine Österreich begünstigende Erbfolge in Holstein durchsetzen und dem Bundestag in Frankfurt die Entscheidung darüber übertragen wollte, erklärte Preußen das als Verletzung vorheriger Verträge und marschierte in Holstein ein. Österreich erwirkte daraufhin im Bundestag zu Frankfurt mit Mehrheitsbeschluss die Mobilisierung des Deutschen Bundes gegen Preußen.

Dies nahm Bismarck als Kriegserklärung. Das „dritte Deutschland“ stellte sich fest an die Seite Österreichs, aus Furcht vor einer Einigung Deutschlands unter preußischer Führung. Der „deutsche Krieg“ von 1866 brachte die Entscheidung. Nach den Friedensverhandlungen blieb Sachsen selbstständig und wurde im selben Jahr Gründungsmitglied des Norddeutschen Bundes, in den die von Preußen annektierten Gebiete Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt einbezogen wurden sowie Teile des Großherzogtums Hessen nördlich des Mains. Der Main trennte die Südstaaten vom Norddeutschen Bund. Bismarck schloss mit den deutschen Südstaaten Geheimverträge zum gegenseitigen Schutz. Die Stimmung gegenüber Preußen aber blieb kritisch.

Ein mentaler Graben

Die Ausdehnung der preußischen Militär- und Zivilverwaltung auf den Süden war alles andere als willkommen. Ein preußischer Gesandter in Württemberg berichtete nach Berlin: Die Leute sagten, die von Preußen vorgeschlagene Verfassung des Bundes habe nur drei Artikel: 1. Steuern zahlen. 2. Soldat sein. 3. Maul halten. (Gordon A. Craig) Die Kanonen von Sadowa sind längst verstummt und verschrottet, aber die Folgen dieser Schlacht bis heute nicht verweht. Mentalitätsgeschichtlich zieht sich ein Graben durch Deutschland. Es gibt einen deutschen Südstaatenkomplex. Der erschöpft sich nicht in der bayerischen Redensart vom Saupreiß oder dessen Veredelung zum Siemenspreiß. Es geht um Lebensart und Politikverständnis. Der Süden fühlt föderalistischer als der Norden. Die Niederallemanen in Baden-Württemberg sind von ihren Neigungen her ohnehin verhinderte Eidgenossen.

Das Wort Einheit jagt Menschen im Süden einen Schrecken ein, wenn es von Berlin kommt, im Norden verspricht es Einfachheit, nationale Sicherheit und

Größe. Als Schröder im Fernseh-Interview mit Stoiber die unterschiedliche Bildungspolitik der Bundesländer mit dem Wort abtat: „Das ist doch Kleinstaaterei“, wurde das im Norden wohlgefällig gehört, und im Süden löste es Kopfschütteln aus. Man kann doch nicht jemanden wählen, der den Föderalismus verächtlich macht, weil er ihn nicht versteht. Von der Ärmlichkeit der Kleinstaaterei sprach man in der Bismarck-Zeit besonders vor 1871, ein Kampfbegriff, um Widerstände gegen eine preußisch inspirierte Verfassung und Verwaltung abwegig erscheinen zu lassen. Noch im Geschichtsunterricht der dreißiger Jahre des letzten Jahrhunderts mussten die Schüler lernen, sich vor dem Wort „Kleinstaaterei“ gehörig zu erschrecken. Auch nach 1945 wurde im Unterricht noch so gesprochen. Schröder hat wohl noch solch eine Schule besucht.

Als Schröder die Irakkrise auf die Alternative „Krieg und Frieden“ reduzierte und sogleich erklärte, kein deutscher Soldat werde sich beteiligen, überzeugte dieser außenpolitische Alleingang, der deutsche Sonderweg, besonders im Norden. Ein altes nationales Sentiment von deutscher Mission wurde angesprochen. Im Süden fühlte man sich in Bündnistreue besser aufgehoben. In den Kernlanden der Südallianz von 1866, in Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, erhielt die CDU/CSU bei der Bundestagswahl 2002 rund 52 Prozent der Stimmen, die SPD 32 Prozent. In den Bundesländern nördlich des Mains kam die SPD auf rund 48 Prozent, die CDU auf 34 Prozent. Die Unterschiede der politischen Orientierung nördlich und südlich des Maingrabens, des Weißwurst-Äquators, sind nicht neu.

Sie lassen sich nicht umstandslos auf konfessionelle Bindungen zurückführen. Bei der Wahl von 2002 wurden jedoch alte Mentalitätsstrukturen aktiviert. Der Norden reagierte nervös-national, schlagwortanfällig und argumentationstaub.

Wie Verwerfungen in den Erdschichten so zeigen sich auch im regionalen Fühlen und Denken die Brüche nie ganz verarbeiteter Konflikte. Sie bleiben in den Geschichten spürbar, die Menschen sich an Stammtischen und in der Familie erzählen. Entlang dieser Bruchlinien können neue Themen uralte Gefühle mobilisieren, und aus alten Kavernen kann Zorn hervorbrechen. Das ist nicht nur in Deutschland so. Bei Präsidentschaftswahlen in den USA, so bemerkt Paul F. Lazarsfeld, gehe es nicht nur um die Politik der letzten Amtsperiode. Manche wählen auf Grund ihrer alten Loyalitäten so, als ginge es immer noch um die Internationalismusfrage des Jahres 1940, den New Deal der dreißiger Jahre oder um die Sklavenbefreiung von 1860. (Paul F. Lazarsfeld, 1954) Wenn nur noch das Heute zählt und wir der Macht der Gegenwartsinformation erliegen, die Geschichte vergessen, dann verstehen wir uns selbst nicht mehr.

Wähler-Fähnchen im Medien-Wind

Die Bundestagswahlen von 1998 und 2002 und die Serie der je folgenden Landtagswahlen haben Wählerbewegungen von bisher in der Bundesrepublik nicht beobachteten Ausmaßen gezeigt. Was ist geschehen? Drei Grundlagen bisheriger Wahlentscheidungen haben sich geändert:

Erstens: Mit dem Wandel und der Differenzierung des Beschäftigungssystems haben sich die Klassenbindungen aufgelöst.

Zweitens: Mit dem Verlust sozialer Anker (dazu zählen auch die religiösen) wurden die Medien übermächtig.

Drittens: Das politische System kann die Wähler nicht mehr organisieren.

Mehr und mehr gehen die tertiären Gruppen auf eine Äquidistanz zur Politik und bieten keine Entscheidungshilfe. Die Politik macht nur diffuse symbolische Identifikationsangebote. Die Wähler kön-

nen ihre politischen Erträge nicht mehr abschätzen. Was sind die Folgen?

Mit der Steigerung der Informationsmenge breitet sich Ambivalenz aus. Wenn so gut wie alles etwa gleichviel Vor- und Nachteile hat, befindet man sich im Zustand der Entscheidungsunfähigkeit. Je wirkungsvoller die Medien die Politik darstellen, desto mehr Zweifel bekommt der Wähler, und er sucht nach Zusatzkriterien, die ihm aus dem Orientierungs-Malaise helfen. Diese politisch meist irrelevanten Hilfen findet er wiederum in den Medien. Da treten Personen auf, denen man Sympathie oder Antipathie entgegenbringen kann, und danach lässt sich dann eine Entscheidung herbeiführen – meistens an den Sachfragen vorbei.

Dieses Motivationsdrama verleiht den Wählern nicht das Gefühl, wirklich Einfluss ausüben zu können. Angesichts von globalen Großorganisationen und Big Government wird der Stimmzettel entwertet. Die Staatshaushalte sind gewachsen, der Einfluss des Bürgers wuchs nicht. Ein Gefühl von Kontrollverlust, von Machtlosigkeit breitet sich aus. Dem individualisierten Wähler fehlen die sozialen und formal-politischen Einfluss-Instrumente. Diese Expropriierung, die Vorenthaltung politischer Ausdrucksmittel beschreibt eine klassische proletarische Situation. Die Folgen sind ebenfalls klassisch. Die Wahlkämpfe werden zirkensisch, nehmen den Charakter großer Zirkusspiele an, mit Artisten, Clowns und großen Tieren. Sachprobleme werden diffus diskutiert. Die Ansage neuer politischer Zirkusnummern, Absichtserklärungen, Versprechungen ersetzen den Rechenstift, Personen spielen eine entscheidende Rolle. Für die Medieninszenierung ist das alles hervorragend geeignet.

Das Fernsehen spielt Präsidentschaftswahl, während es um die Neubestellung des Parlamentes geht. Aus Diskussionen

zwischen Parteivorsitzenden wird ein „Duell“, das ist grauenhaft, aber mediengerecht. Die deutsche Demokratie verliert ihre rationale Basis.

Das politische Verhalten wird subjektivistisch, herausgebildet hat sich der flexible Wähler, der morgen bedauert, wem er gestern seine Stimme gegeben hat. Die bemerkenswerte Destabilisierung der deutschen Wähler erfährt zusätzliche Impulse aus einem kulturgeschichtlichen Erbe. Die Wahrheitssuche ist in Teilen der deutschen Kultur ein Innerlichkeitsgeschehen. Dies ist die säkularisierte Form der Gottesunmittelbarkeit, institutionenfern und gefühlsdominant, ein Vorgang mystischer Versenkung bis zur Evidenz der Einheit mit Gott.

Wechselhaftigkeit

Säkularisiert ist daraus bei Protestanten der Habitus entstanden, die wahre und die richtige Entscheidung durch Introspektion zu gewinnen, gleichsam mystisch, und nicht durch soziale Kommunikation und Verantwortung gegenüber einem menschlichen und moralischen Konsens. Die Protestanten möchten ihre eigenen Wahrheiten formulieren, außerhalb der Kirche und anderer Institutionen. Die Außenkontrollen werden unwichtig, der Neomystiker tendiert zum Anarchischen. Lustvoll nimmt er Abschied von der Realität. Wenn deutsche Protestanten anfangen nachzudenken, wird es gefährlich, sie treten plötzlich mit unerwarteten und unwahrscheinlichen Lösungen hervor, was ihrem Selbstwertgefühl, etwas Besonderes erkannt zu haben, noch einmal Genüge tut. Die *Neue Zürcher Zeitung* schreibt am 28. Februar 2003 über das „Forum Pariser Platz“, die Veranstaltung im Schatten des Brandenburger Tores habe den Eindruck bestätigt, dass Schröders deutscher Neo-Isolationismus keinem durchdachten Konzept entsprungen sei, sondern ein Produkt des Augenblickes gewesen ist. Den Weg in

die gefährvolle Innerlichkeit treten Protestanten an, wenn die Ambivalenzen zunehmen, wenn die Lage ungemütlich und unübersichtlich wird. Bismarck bemerkte in der Zeit der Unsicherheit, was nach Königgrätz aus dem deutschen Bund und seinen Duodez-Fürstentümern werde, über die Deutschen: „Wir sind ebenso schnell berauscht wie verzagt.“ (Craig) Die Wechselhaftigkeit ist insbesondere den Protestanten eigen. In den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts wiesen die Protestanten 31 Prozent höhere Schwankungen ihrer parteipolitischen Orientierung auf als die Katholiken. (Gerhard Schmidtchen, 1973) Die Orientierungsschwankungen haben zugenommen. Die sozialen Anker, an denen man Entscheidungen festmachen könnte, sind geschwunden. Es bleiben die Parolen der öffentlichen Kommunikation. Sie gibt sich unideologisch, appelliert aber an die Glaubensbefähigung der Menschen.

Für die Stabilität der Demokratie ist das subjektivistische Wählerverhalten eine Risikoquelle. Die Bürger brauchen neue Orientierungsanker im politischen System. Diese können durch Ausweitung der politischen Rechte geschaffen werden.

Die Steuerhoheit der Gemeinden und der Länder wäre die Basis für ein neues Gleichgewicht von Einfluss und Verantwortung. Politik würde sich neu vergegenständlichen, könnte pragmatischer werden. Unter Bedingungen zentralistischer Repräsentation läuft die Kommunikation vertikal, meist über die Massenmedien, von oben nach unten. Politisch mächtige Bürger dagegen kommunizieren eher horizontal. Der Mitbürger wird wichtiger. Die soziale Kommunikation und die Realitätskontrolle würden wiederhergestellt. Informations- und Mediensysteme allein sind keine Garantie für einen aufgeklärten demokratischen Konsens.

Nur eine Reform der politischen Institutionen, eine Ausweitung der direkten

Rechte könnte die Rationalität der Entscheidungen fördern.

Der Nutzen des Nutzlosen

Von Ästhetik soll die Rede sein. Ästhetik handelt nicht von der Schönheit, sondern davon, ob man etwas merkt oder nichts merkt und ob mitteilen kann, wer etwas merkt. Man fragt: „Siehst du das auch so?“ In der Ästhetik muss also die Frage beschäftigen, wie man zu Urteilen kommen kann, ohne Beweise zu haben. In einer technisch-wirtschaftlichen Zivilisation, die gerade auf Experiment und Beweis, auf digitalisierter Funktionsfähigkeit beruht, wirkt Unbeweisbares, das sich gleichwohl wichtig nimmt, irritierend.

Kunst und Literatur werden als weiche Fächer empfunden. Sie haben es schwer, sich in den Lehrplänen und im Wettbewerb um Mittel gegen Informatik zu behaupten. Die Frage, wie wir ästhetisch urteilen können und was davon abhängt, bekommt unversehens eine gesellschaftspolitische Bedeutung. Wie viel weiche Fächer können wir uns in der harten Wirklichkeit der Wissensgesellschaft leisten? Wie viel Zeit und Geld sollen sie erhalten?

In der Kritik der Urteilskraft, dem psychologischsten Buch des deutschen Idealismus, gibt Immanuel Kant eine einfache Antwort auf die Frage, wie ästhetische Urteile möglich sind. Jedes Geschmacksurteil, jedes Kunstwerk appelliert an einen *sensus communis*. Das Urteil werde an die gesamte Menschenvernunft gehalten. Das geschieht dadurch, dass sich der Urteilende an die Stelle jedes anderen versetzt. Überraschend modern wirkt dieser Gedanke und ist es auch:

Er ist eine Vorwegnahme der Thesen von George Herbert Mead, das Individuum erfahre sich nur indirekt, indem es sich in andere hineinversetze. Ein Selbst kann nicht außerhalb sozialer Erfahrung entstehen. Das Sprechen über das Schöne

ist ein bewegender Teil der Geselligkeit und ihrer Kultivierung. Im Reden über ästhetische Gegenstände teilen sich Gefühle mit. Als „feinen“ Menschen, so sagt Kant, „beurteilt man denjenigen, welcher seine Lust anderen mitzuteilen geneigt und geschickt ist und den ein Objekt nicht befriedigt, wenn er das Wohlgefallen an demselben nicht in Gemeinschaft mit anderen fühlen kann“. Die Kommunikation von Gefühlen beruht auf einem tief angelegten Vertrauen, man könne verstanden werden. Dem Mitmenschen wird ein *sensus communis* unterstellt. Damit wird er existent gemacht. Die Bedeutung des Geschmacksurteils, der Mitteilung von Eindrücken und Gefühlen beschränkt sich nicht auf den Kulturbetrieb.

Die Masse des Stoffes persönlicher Gespräche, durch den sich Gemeinschaften bilden und lebendig erhalten, besteht aus Beobachtungen und Gefühlsmitteilungen, die unter Gesichtspunkten der Erkenntnissicherheit problematisch oder auch ganz unerheblich sind, aber entscheidend den Charakter der menschlichen Gruppenexistenz prägen. Die menschlichen Gemeinschaften sind aus Geist und Seele gebaut, jenseits formaler Logik und Beweiserei. Das ästhetische Urteil ist das Trainingsfeld für soziale Kommunikation und Gemeinsinn, für die Kultivierung menschlicher Beziehungen, für die Schärfung der Wahrnehmung anderer.

Der Unterricht an Schulen und Gymnasien ist im Wesentlichen fach- und rationalorientiert, folgt dem allgemeinen Wissenschaftsideal. Wenn man von Kunstakademien absieht, kommt ästhetischer Unterricht an Schulen zu kurz.

Die bevorzugte Verhaltensweise der Menschen, mit problematischer Beweislage aber doch bedeutend zu kommunizieren, sollte größere pädagogische Aufmerksamkeit bekommen. Alle höheren wissenschaftlichen und technischen Leistungen beruhen auf dieser emotionalen

Gesprächskultur, auf Gespür. Die Nobelpreisträger wussten immer schon, dass sie Recht hatten, ehe die Beweise da waren. Lord Maynard Keynes sagte von sich: Ich liege lieber ungenau richtig als präzise falsch.

Die Sinnentleerung der Schule durch Schwächung der geisteswissenschaftlichen und ästhetischen Fächer, die reine Marktorientierung des Lehrangebotes zu Gunsten der naturwissenschaftlichen Fächer und Informatik, stört die Persönlichkeitsentwicklung der Schüler und befördert soziale Verdummung. Nach der Poesie stirbt die Kreativität.

Die Informationsgesellschaft macht wegen ihres Imperialismus der Gegenwartsinformation tendenziell geschichtsblind. Vergangenes ist vergangen und kommt nicht wieder. Dies führt zu einer Überschätzung der Gegenwartskräfte.

Die Informationsgesellschaft erhöht die Persönlichkeitsdynamik. Ambivalenz und Selbstzweifel werden bestimmend in einer Welt ohne verlässliche Größen. Selbstmitleid ist verbreitet und verwandelt sich in Aggressivität. Das Verhalten wird unstet.

Die Vernachlässigung der ästhetischen Bildung erschwert die Orientierung, lässt den Sinn für Proportion verkümmern. Das Gespür für Verhältnismäßigkeit ist eine Tugend, die bei der Auswahl aus dem Informationsstrom hilft. Die soziale Einfühlung wird nicht genügend trainiert, es entstehen keine komplexen, psychisch stabilen Persönlichkeiten.

Die Rechenzentren sind nicht der Sitz der Aufklärung. Glasfaserkabel und Internet können den blanken Wahnsinn transportieren und gemeinschaftsfeindliche Parolen. Warum breiten sich gerade in der technisch hoch gerüsteten Gesellschaft irrationale Strömungen und finstere Religionslehren aus? Die ontologische Verwilderung nimmt zu. Wächter

der Vernunft sind die Institutionen. Ihnen wächst eine Orientierungspflicht zu.

Obskure Laufbahnperspektiven, diffuse Moralbilder und Identitätszweifel – dies sind die großen Komponenten der Orientierungskrise. Mit neuen Entdeckungen Atomenergie, Raumfahrt, Mikroelektronik, Genforschung schwinden gewohnte Weltbilder, und es kommen Ängste, die an der Selbstgewissheit zerrütten. Solche Ängste befielen die Menschen auch, als nach den Entdeckungen von Kepler und Galilei die Himmelslocken zertrüben. Der Ausbruch aus dem alten Weltgehäuse und seiner Theologie erzwang eine Neubestimmung des Verhältnisses von Person und Welt. Diese Epoche der Renaissance war die Geburtsstunde des Individuums im modernen Sinne. Die Reformation war Teil und Ausdruck dieses atemberaubenden Wandlungsprozesses.

In der unbestimmbaren Umwelt von heute ziehen sich die Menschen in die Zitadelle ihrer Person zurück, suchen hier ihre Stärken der Selbstbehauptung, wollen Fähigkeiten ohne Verfallsdatum erwerben. Autonomiestreben und Persönlichkeitsentwicklung werden Themen einer neuen Leidenschaft. Fast alle möchten unabhängige Personen werden, ohne Angst und ohne Überheblichkeit. Sie wollen ein sinnvolles Leben führen. Das Leben ist mehr als Informatik. In diesem Streben brauchen die Menschen Unterstützung.

Sie kann nicht darin bestehen, dass man ihnen den neuesten Laptop vor die Nase setzt. Die falschen Propheten sind schon unterwegs. In allem zeichnet sich eine Neo-Renaissance ab – wie die erste vor 500 Jahren, schrecklich und verheißungsvoll.

Der Aufsatz ist ein Kommentar zum gleichnamigen Buch des Autors: Die Dummheit der Informationsgesellschaft – Sozialpsychologie der Orientierung, Jeske + Budrich, Opladen 2002.